

Fraktion FUCHS in der Gemeindevertretung Mühlthal

Die Fraktion FUCHS in der Gemeindevertretung Mühlthal bringt zur Behandlung in der Sitzung am 12. Juli 2016 unter dem Arbeitstitel

Neue wirtschaftliche Nutzung des Gemeindewaldes

folgenden

Antrag

ein:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlthal beschließt, dem Gemeindevorstand der Gemeinde Mühlthal aufzugeben, den gemeindeeigenen Wald künftig zu 90 Prozent in der Form zu bewirtschaften, daß die Erlöse nicht mehr aus Holzverkauf, sondern aus Stilllegungsprämien und „Ökopunkten“ erwirtschaftet werden. Um den Zweck einer Stilllegung nicht zu gefährden, dürfen zuvor keine Rodungsarbeiten erfolgen. Die übrigen 10 Prozent des gemeindeeigenen Waldes dienen der Holzwirtschaft vor Ort, wodurch insbesondere Brennholz für Gemeindebürger zur Verfügung gestellt wird.

Begründung

Problem:

Die echten Erlöse aus der Bewirtschaftung des 309 Hektar großen gemeindeeigenen Waldes betragen unter Herausrechnung einer Steinbruchpacht laut Waldwirtschaftsplan im Jahr 2016 lediglich 2.400,- Euro. Im Gegenzug sinkt durch die klassische Holzwirtschaft der Erholungswert des Waldes sehr stark. Die Durchlichtung nimmt mitunter Formen an, die es verbieten, noch von traditionellem „Wald“ zu sprechen. Hinzu kommen im Winter wegen Rodungsarbeiten oft nicht begehbare Waldwege. Vielen Menschen ist dieser Preis zu hoch. Die Grundstückspreise seien in Mühlthal auch mit Rücksicht auf den Erholungswert des Waldes sehr hoch. Die an die Gemeinde zu entrichtende Grundsteuer B werde an den hohen Grundstückspreisen gemessen. Damit werde inzidenter bereits ein finanzieller Beitrag für den Wald geleistet.

Zwar weist der Waldwirtschaftsplan auch Erlöse in fünfstelliger Höhe aus Holzverkäufen aus. Diesen Erlösen stehen jedoch nicht unbeträchtliche Kosten gegenüber, die allein auf die klassische Holzbewirtschaftung zurückgehen. Kosten etwa für die Erneuerung von Wegen, die zuvor durch Holzfällarbeiten zerstört wurden, Holzurückkosten und Beiträge für Waldarbeiter an Berufsgenossenschaften fallen dann nicht bzw. nur sehr gemindert an, wenn auf eine Holzernte von vornherein verzichtet wird.

Die hessische Landesregierung verfolgt das politische Ziel, mindestens 5 Prozent der hessischen Wälder nicht mehr zu bewirtschaften. Dieses Ziel ist nur schwer erreichbar, denn die Landesregierung beabsichtigt, zu diesem Zweck sogar 8 Prozent der Staatswälder von der Bewirtschaftung auszunehmen.

Gerade im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet erfolgen zahlreiche umweltrelevante Eingriffe insbesondere durch neue Baumaßnahmen. Dafür sind Ausgleichsflächen zu schaffen, an denen es regelmäßig mangelt.

Lösung:

Die Gemeindevertretung der benachbarten Gemeinde Modautal hat bereits 2012 einstimmig beschlossen, 4 Hektar Wald stillzulegen, um damit Eingriffe auszugleichen, die durch den Bau einer Pipeline unter anderem aus dem Landkreis Fulda in den Main-Kinzig-Kreis entstanden sind. Durch Stilllegungsprämien und Ökopunkte ergab sich daraus ein Gesamterlös über 30 Jahre von gut 100.000,- Euro. Dieser Betrag liegt deutlich über den möglichen Erlösen aus traditioneller Holzwirtschaft.

Nach allem sollte sich die Gemeinde Mühlthal dem Modautaler Modell anschließen. Die Stilllegungen gemeindeeigener Waldflächen sollten als Ausgleichsflächen für naturrelevante Eingriffe angeboten werden. Daraus entstünde nach den überörtlichen Erfahrungen ein Mehrerlös gegenüber den Erträgen aus klassischer Holzbewirtschaftung. Somit erhielte der Gemeindewald überdies seine alte Funktion als Erholungswald zurück und die hessische Landesregierung würde in ihrem Vorhaben unterstützt, insgesamt 5 Prozent der hessischen Wälder stillzulegen. Bis auf die Kosten für die Verkehrssicherung auf den Waldwegen fielen schließlich in Zusammenhang mit dem Gemeindewald auch keine Kosten mehr an.

Kosten

Der Gemeinde Mühlthal entstehe keine Kosten. Die Erlöse aus der Waldnutzung dürften nach den Erfahrungen anderer Kommunen sogar steigen.

64367 Mühlthal, den 21. Juni 2016

Christoph Zwickler als Vorsitzender der Fraktion FUCHS